

# Taunus-Zeitung.

## Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und  
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,  
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger  
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis viertel-  
jährlich 2.70 M., monatlich 90 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitspalte 24 Pfennig  
für amtliche und auswärtige Anzeigen, 18 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite  
Reklam- und Werbefläche 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet.  
Korrektur und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten,  
durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Mittwoch  
15  
Oktober

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinfällig bei  
geringfügiger Verzögerung der Anzeigengeldzahlung. — Einfache Zeilen: Laufend 9.60 Mark.  
Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller-  
spätestens 1/2 9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingereicht  
sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird  
müßlich berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 161 • 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:  
Dr. Kleinbühl, Königstein im Taunus.  
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:  
Königstein im Taunus, Hauptstr. 41.  
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

### Eine Zwangswirtschafts-Debatte.

Die Nationalversammlung beschäftigte sich am Montag mit der Beratung der Interpellation der Abgeordneten Löße und Scheidemann, betreffend die Preissteigerung der Häute, des Leders, der Schuhwaren usw. infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Abg. Becker-Oppeln (Soz.) begründete die Interpellation.

Minister Schmidt führte u. a. aus: Wir haben gewünscht, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft die Preise steigern würde. Dennoch läßt sich für die freie Bewirtschaftung des Leders eine Reihe von stichhaltigen Gründen anführen. Früher wurden 2/3 unseres Bedarfs an Leder und Fellen durch die Einfuhr gedeckt, für Schuhwaren speziell 50 Prozent. Im Kriege wurde die Einfuhr unterbunden, der Bedarf aber entsprechend eingeschränkt. Die Zwangswirtschaft konnte die Fabriken fast überhaupt nicht mehr beliefern. Die Schuhwarenfabrikanten stellten sich im großen und ganzen auf den Standpunkt, daß der freie Verkehr für sie besser sei; wenn 2/3 des Bedarfs an Häuten und Fellen durch Einfuhr gedeckt werden müsse, so müsse die Einfuhr freigegeben werden. Dann müßte aber der Preis für inländische Häute und Felle auch steigen. Die Hauptsache war auch, erstmals die Produktion zu fördern, zumal die Produktion auch für den Export in Frage kommt. Die Produktion ist gesteigert worden. Wir haben erlaubt, daß die Einführer von Fellen und Häuten 75 Prozent davon in Leder wieder ausführen dürfen. Die Kontrolle der Grenzen ist im Osten und Westen sehr schwierig, zumal wir von der Entente immer noch nicht erreichen, daß wir im Westen an der alten Zollgrenze eine scharfe Kontrolle einrichten können. Wir müssen auch rechnen mit dem Widerstand in Arbeiterkreisen und Kommunen im Westen gegen eine Milderung des gegenwärtigen Zustandes des freien Verkehrs. Die Konjunkturgewinne müssen direkt an die Industrie gehen zur Beschaffung von einigemmaßen preiswertem Schuhwerk. Die Aufträge aus dem Ausland für unsere Fabrikation sind unbegrenzt. Wenn sich die Exportindustrie so hebt, so spielt der hohe Preis des Leders dabei kaum eine Rolle. Andererseits steigen dadurch auch die Löhne. Die Schuhindustrie steht sich bei dem freien Verkehr nicht schlechter als bei der Zwangswirtschaft. Wie die Dinge liegen, ist es nicht zu verhindern, daß der Preis für Schuhwaren ein einheitlich hoher ist. Die Wuchererordnungen sind natürlich auch hier anwendbar. Es würde sich nicht empfehlen, zur Zwangswirtschaft zurückzukehren.

Die Besprechung der Interpellation wird verbunden mit dem Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Notstandsversorgung mit Ober- und Unterkleidung und Schuhwerk sowie dem Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Textilindustrie und der Beratung des Antrages Blach (Dem.) betr. planmäßiger Abbau der Zwangswirtschaft für Erzeugnisse der Landwirtschaft, sowie endlich weiterer Anträge, die Zwangswirtschaft betreffend. An der nachfolgenden Aussprache beteiligten sich je ein Vertreter des Zentrums, der Demokraten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen Sozialdemokraten, worauf die Debatte auf Dienstag vertagt wurde.

### Ein Aufruf der Reichsregierung.

Mz Berlin, 15. Okt. Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erließen einen Aufruf an die deutschen Brüder und Schwestern aus den bedrohten Grenzmarken. In Oberschlesien, West- und Ostpreußen, Nordschleswig und den rheinischen Kreisen Eupen und Malmedy, die Gefahr abzuwenden, die dort bei der demnächstigen Abstimmung dem Deutschen Reiche und dem Deutschtum droht. Diese gesamten Abstimmungsgebiete müßten dem deutschen Vaterlande erhalten bleiben, wenn jeder Abstimmungsberechtigte, d. h. jeder in diesen Gebieten noch Wohnende, wie der dort Geborene, seine Pflicht tut durch Bekenntnis seines Deutschtums, auch bei der Abstimmung.

### Zur Räumung des Baltikums.

Mz Berlin, 13. Okt. Die Reichsregierung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der neuen Note der Entente wegen der Räumung des Baltikums. Nachdem am 11. 10. das Reich die gänzliche Einstellung der Verpflegungszufuhr aus den westpreussischen Truppen im Baltikum verfügt hatte, an die widerspenstigen Truppen, die sich nachweislich auf dem Rückmarsch befinden und denen nach den Etappenstationen

die Verpflegung entgegengeschickt wird, soll nun auch jeder Personenverkehr nach dem Baltikum sofort gesperrt und nur Züge zur Abholung der Truppen hinausfahren dürfen. Ebenso wurden verstärkte Kontrollmaßnahmen getroffen, um jede verbotene Munitionszufuhr unmöglich zu machen. General v. d. Goltz, der Anweisung gemäß im letzten Rückmarschbefehl der Regierung und in ihrem Aufruf an die Truppen bekanntgegeben, der mit Nachdruck auf die Befolgung hingewirkt hat, übergab das Kommando am 12. 10. endgültig dem General Eberhardt und wird dieser Tage in Berlin erwartet.

### Verhaftung deutscher Beauftragter.

Mz Riga, 14. Okt. Aus Riga hier eingetroffene Zivilpersonen melden, daß der deutsche Beauftragte in Riga am Donnerstag verhaftet wurde, ebenso wurde der deutsche Beauftragte in Libau mit seinem Personal von den lettischen Behörden verhaftet. Gegen die Verhaftung wurde bei der lettischen Regierung Protest eingelegt.

Mz Stettin, 13. Okt. Der 3000 Tonnen große Fracht- und Passagierdampfer „Helsatia“ der Stettiner Reederei Rummelshagen gehörig, wurde von der lettischen Regierung mit Beschlagnahme belegt. Die Mannschaften mußten das Schiff verlassen und befinden sich in Libau. Der Dampfer diente zum Transport von Truppen und Gefangenen.

Mz Berlin, 15. Okt. Zu den Besprechungen im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung über die Lage im Baltikum und über die Maßnahmen, die zur Zurückbringung unserer Truppen dort getroffen worden sind, erfährt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß der Vertreter des Auswärtigen Amtes den Entwurf einer an den Verband zu richtenden Antwortnote vorlegte, der eingehend besprochen wurde. Heute vormittag werden die Besprechungen fortgesetzt.

### Die Ratifikation.

London, 11. Okt. Havas. Der König ratifizierte den Friedensvertrag und sandte das diesbezügliche Dokument nach Paris.

Mz Paris, 12. Okt. Havas. Der Senat genehmigte den Friedensvertrag mit Deutschland mit 217 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Die Bündnisverträge mit England und den Vereinigten Staaten wurden mit 218 Stimmen einstimmig gutgeheißen.

### Vorgeschichte des Krieges.

Mz Amsterdam, 12. Okt. Die „Times“ meldet aus New York: Graf Berchtold teilt in einem Telegramm nach New York an Karl v. Wiegandt bezüglich des österreichischen Ultimatums an Serbien u. a. mit, daß die zahlreichen Unterredungen, die er mit dem deutschen Botschafter in Wien hatte, auf ihn keinen anderen Eindruck machen konnten, als daß die deutsche Regierung erwarte, daß Österreich an Serbien den Krieg erklären sollte. Die geführten Gespräche hätten ihn überzeugt, daß Deutschland, wenn Österreich nicht energisch genug auftrat, es bei der nächsten Gelegenheit nicht mehr unterstützen und sich nach einer anderen Richtung orientieren würde. Berchtold teilte außerdem mit, daß von Tschirsky über die Hauptpunkte des Ultimatums an Serbien vor der endgültigen Redaktion unterrichtet gewesen, und daß ihm der Text des Ultimatums zwei Tage vor der Absendung ausgehändigt worden sei.

### Wilson ernstlich krank.

Washington, 13. Okt. Amtlich wird gemeldet, daß Wilson noch eine lange Ruhezeit nötig hat. Damit ist die Hoffnung geschwunden, daß er seine Amtstätigkeit demnächst wieder aufnehmen kann. Der „New York Herald“ meldet, daß trotz aller beruhigenden Berichte es sehr wohl möglich ist, daß der Präsident den Prinzen von Wales nicht begrüßen kann. In diesem Falle werde der Prinz seinen Besuch in New York unterlassen. Der Besuch des Königs und der Königin von Belgien beim Präsidenten wird wahrscheinlich gleichfalls unterbleiben. Senator Rosen hat in den Blättern einen Brief veröffentlicht, in dem gesagt wird, daß der Präsident während seiner Rede in Pueblo einen Schlaganfall erlitten hat, und daß seit dieser Zeit eine Lähmung der Gesichtsnerven eingetreten ist. Solange die Lähmung des Gehirns an-

dauert, darf der Präsident seine Gedanken nicht konzentrieren, da dies eine Wiederholung des Anfalls veranlassen könnte. Wahrscheinlich kann der Präsident körperlich genesen, aber selbst dann wird er eine politische Rolle nicht mehr spielen können. Obwohl die Berichte von einer langsamen Besserung reden, steht die ganze Regierungsmaschine in den Vereinigten Staaten still, da die Verantwortlichkeit des Präsidenten von niemand getragen werden kann, auch nicht vom Vizepräsidenten, es sei denn, daß Wilson selbst dem Vizepräsidenten die Macht überträgt.

### Politische Rundschau.

#### Verzichtet.

Alle preussischen Staatsminister haben nach einer Berliner Meldung auf die ihnen zustehenden Entschuldigungssumme verzichtet.

#### Haases Befinden.

Ant „Freiheit“ ist im Befinden Haases in den letzten Tagen keine Besserung eingetreten. Wenn auch der Zustand zu Bessergnissen keinen Anlaß bietet, muß doch mit einer längeren Heilungsdauer gerechnet werden. Demgegenüber berichtet der „Vorwärts“ von einer Besserung, so daß eine neue Operation nicht erforderlich sein werde.

#### Der Reichsparteitag

##### der deutschen Zentrumspartei

wird, wie die „Germania“ mitteilt, voraussichtlich vom 20. bis 23. November in Berlin im Reichstagsgebäude zusammentreten.

#### Der zweite Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hält vom 18. bis 20. Oktober in Leipzig ihren zweiten Parteitag ab. Im Mittelpunkt steht die Beratung des Parteiprogramms.

#### Befragung der französischen Botschaft in Berlin.

Mz Paris, 13. Okt. Nach dem „Echo de Paris“ bestätigt es sich, daß Dutasta französischer Botschafter in Berlin wird. Während der Uebergangszeit wird Frankreich jedoch durch einen Geschäftsträger vertreten sein. Diese Mission wird Clinchant, dem gegenwärtigen Geschäftsträger in Berlin, übertragen werden.

#### Die Kosten der Arbeitslosenunterstützung.

Nach einer amtlichen Berechnung sind seit Ausbruch der Revolution bis zum 4. Oktober d. J. 4 1/2 Milliarden Mark in Deutschland an Erwerbslos auf Grund der Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gelangt.

#### Forderungen der Eisenbahner.

Frankfurt a. M., 13. Okt. Die Eisenbahner sämtlicher Eisenbahnbetriebe Groß- und Mitteldeutschlands haben heute nachmittag durch einen Demonstrationszug von etwa 15 bis 20 000 Personen von dem Eisenbahnpräsidenten die Teilnahme des von den Arbeitern gewählten Verkehrsausschusses bei den regelmäßigen Sitzungen der Eisenbahndirektion und das Mitbestimmungsrecht der Ausschussmitglieder bei diesen Konferenzen. Der Präsident gab den Forderungen unter dem Druck der Verhältnisse nach, betonte aber, daß die endgültige Entscheidung darüber dem Eisenbahnministerium zustehe. Die Forderungen der Arbeiter waren bisher von dem Präsidenten in zahlreichen Sitzungen und Verhandlungen mit den Arbeitern verweigert worden. Gleichzeitig wurde in der Demonstration der Rücktritt des Eisenbahnpräsidenten von seinem Amt gefordert, da er nach den Ausführungen verschiedener Arbeiterredner das Vertrauen der Arbeiter nicht mehr besitze. Hierüber soll eine am Dienstag stattfindende Versammlung Beschlüsse fassen.

#### Gegen das Schieberum.

Berlin, 13. Okt. Durch eingehende Beobachtungen ist festgestellt worden, daß im Westen täglich mit Hilfe von Eisenbahnangestellten Waren verschoben werden, wobei Bestechungen eine große Rolle spielen. Eisenbahnwagen werden täglich mit Schmuggelgut verladen. Die Waren repräsentieren ungeheure Werte. Nachdem genügendes Belassungsmaterial gesammelt ist, ist eine Kommission des Eisenbahnministeriums an Ort und Stelle tätig, um die Voruntersuchung einzuleiten. Der Eisenbahnminister hat angeordnet, schonungslos gegen alle Schädlinge des Volkes vorzugehen.



## Die Abstimmung in Schleswig.

mz Kopenhagen, 13. Okt. Der Minister für Schleswig, Haussen, teilt einem Vertreter des „Politiken“ mit, daß der Friedensvertrag wahrscheinlich Mitte dieser Woche in Kraft treten werde und daß Deutschland 10 Tage danach das gesamte Abstimmungsgebiet in Schleswig, also die erste und zweite Zone, geräumt haben müsse. Man rechne damit, daß die internationale Kommission Ende nächster Woche in Flensburg eintreffe und daß die Abstimmung in der ersten Zone Mitte November stattfindet. Sobald die Abstimmung stattgefunden habe, habe Dänemark das Recht, das Land sofort zu besetzen, obwohl es noch nicht dem dänischen Staate übertragen sei. Selbstverständlich werde Dänemark von diesem Recht Gebrauch machen. Auch die Abstimmung in der zweiten Zone werde beschleunigt werden. Nach dem Friedensvertrag soll sie spätestens fünf Wochen nach der Abstimmung in der ersten Zone stattgefunden haben. Aber er könne sagen, daß sie weit früher abgehalten werde, d. h. also, daß beide Abstimmungen vor Weihnachten vorgenommen werden würden. Danach werde die Kommission die Grenzlinie nach Süden festsetzen und sodann das ganze Material nach Paris senden, wo endgültig die Entscheidung getroffen werde.

## Der Auszug der deutschen Beamten aus Thorn.

mz Berlin, 14. Okt. Ueber den Auszug der deutschen Beamten aus Thorn wird dem „Tageblatt“ berichtet: Die Stimmung in der intelligenten Bevölkerung ist gedrückt, doch nehmen die Deutschen im allgemeinen den Standpunkt ein, daß sie sich mit den gezielten Taktischen abfinden und loyale Beziehungen zu dem neuen Staatswesen suchen müssen.

## Das Schicksal Danzigs.

mz Berlin, 14. Okt. Die Übernahme der Kreis- und Staatsbetriebe Danzigs in den Besitz der Stadt Danzig, die als Treuhänderin auftritt, ist gestern erfolgt. Die Reichswerft, die Gewerkschaft und die Artilleriewerkstätte wurden dem Oberbürgermeister übergeben.

## Deutschland und die Blockade Sowjetrußlands.

mz Berlin, 14. Okt. In den Abendblätter findet man Andeutungen über den angeblichen Inhalt der deutschen Antwortnote auf die Einladung der Entente zur Beteiligung an der Blockade Sowjetrußlands. Dazu wird festgestellt, daß die Antwort der Regierung noch keineswegs feststeht. Auch beschäftigt sich das Kabinett noch nicht mit ihr. Damit werden auch die vorgebrachten Einzelheiten hinfällig.

## Deutsche Heilstätten in französischer Hand.

mz Berlin, 14. Okt. Laut „Kölnischer Anzeiger“ werden aus Baden-Baden, Homburg v. d. S. und Wiesbaden umfangreiche Grundstücksaufläufe durch die Franzosen gemeldet, die die Gefahr näherrücken lassen, daß diese berühmten Heilstätten mehr und mehr in französische Hände übergehen.

## Abtransport Arbeitsloser.

mz Berlin, 15. Okt. Aus Karlsruhe wird dem „Kölnischen Anzeiger“ berichtet: In Strassburg begannen die französischen Behörden damit, die Arbeitslosen nach Verdun und Reims abzuschieben. Es werde beabsichtigt, Zwangsaushebungen zu veranlassen, wenn sich nicht genügend Arbeitskräfte dazu melden. Seit einigen Tagen werden die bisherigen Sequestationen systematisch liquidiert.

## Der zweite Geiselmordprozess in München.

mz München, 13. Okt. Vor dem Münchener Volksgericht begann heute der zweite Geiselmordprozess. Angeklagt sind der Kellner Luitpold Debus, der Tagelöhner Rudolf Greiner, der Hilfsarbeiter Alois Kammerstätter und der russische Staatsangehörige und Student Andreas Krelenko. Die drei Letzten stehen unter der Anklage, gemeinschaftlich mit anderen vorsätzlich Menschen getötet und die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben.

mz Berlin, 14. Okt. Im neuen Münchener Geiselmordprozess beantragte gestern der Staatsanwalt gegen den 21-jährigen Hilfsarbeiter Reimer aus München, den 27-jährigen Hilfsarbeiter Kammerstätter und den russischen Studenten Krelenko aus Minsk, da die Angeklagten vorsätzlich Menschen getötet und die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt haben, die Todesstrafe. Gegen den mitangeklagten 18-jährigen Kellner Debus, der offensichtlich bei diesen Verbrechen Hilfe geleistet hat, wurden fünf Jahre Zuchthaus beantragt.

## Aus dem Saargebiet.

mz Berlin, 15. Okt. Den Morgenblättern zufolge hat die französische Besatzungsbehörde die Zensur im Saargebiet und in Elsass-Lothringen wieder eingeführt, nachdem sie für wenige Tage aufgehoben worden war. Der Belagerungszustand wurde, da die Ruhe wiederhergestellt ist, am Sonntag aufgehoben.

## 20 Millionen Schaden.

Nach recht vorsichtiger Schätzung soll der bei den Plünderungen am 7. und 8. Oktober im Saargebiet angerichtete Sachschaden mindestens 20 Millionen betragen.

## Der Papst an die Deutschamerikaner.

New York, 15. Okt. Der Papst hat durch den päpstlichen Staatssekretär Kardinal Gaspari dem katholischen Zentralverein, dem Verband der deutsch-katholischen Vereine des Landes, anlässlich dessen Jahreskonvents in Chicago eine Botschaft zugehen lassen, die von Erzbischof Mundelein verlesen wurde. Darin preist der Papst die Deutschamerikaner dafür, daß sie während des Krieges bei aller Loyalität gegen Amerika die Liebe zur alten Heimat gepflegt hätten, und ermahnt sie, die vom

Krieg hinterlassene Spur des Hasses baldigst auszutilgen. Namentlich sollen die deutschen Katholiken Deutschland jede mögliche sachliche und moralische Unterstützung gewähren, um die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu erleichtern.

## Die englische Landesverteidigung.

mz Berlin, 14. Okt. Der „Kölnischer Anzeiger“ meldet aus Rotterdam: Der „Nieuwe Rotterdamse Cour.“ meldet aus London: Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Express“ meldet, daß der Ausschuss für Ersparnisse beschlossen habe, daß man in drei Zweigen der Landesverteidigung sparen müsse. Es wurde deshalb Befehl erteilt, die Ausgaben der Armee auf 75 Millionen Pfund Sterling im Jahre zu verringern, die Ausgaben für die Flotte auf 60 Millionen und die Kosten für den Luftverteidigungsdienst, welcher schon auf 65 Millionen verringert wurde, auf 25 Millionen zurückzuführen.

## Amerika und der Friedensvertrag.

mz Paris, 13. Okt. Havas. Nach einem Telegramm des „Echo de Paris“ aus Washington erklärte die Regierung, daß, falls die Zusatzanträge und Vorbehalte vom Senat angenommen werden würden, eine der ersten Handlungen des Präsidenten nach seiner Genesung darin bestehen würde, den Vertrag zurückzuziehen.

## Fiume — Pufferstaat?

mz Amsterdam, 13. Okt. Laut Pressebureau Radio meldet die „Assoziiated Press“ aus Washington, es verlautet, daß die italienische Regierung der Errichtung eines Fiume und die benachbarten Küstengebiete umfassenden Pufferstaates zugestimmt habe, unter der Bedingung, daß die italienischen Interessen in diesem Staate durch die Einführung der italienischen Verwaltungsmethoden und durch die Befestigung des Anspruchs Italiens auf den früheren Bezirk von Fiume und den an der Küste in westlicher Richtung gelegenen Landesteilen geschützt werde.

## Letztland und Amerika.

mz Helsingfors, 13. Okt. Nach Meldungen der lettischen Presse schloß Lettland mit Amerika einen Vertrag ab, der für die zukünftige Stellung der Randstaaten von grundlegender Bedeutung ist.

## Bergarbeiterstreik in Amerika.

mz Philadelphia, 13. Okt. Havas. Da die Unterhandlungen zwischen den Bergleuten und den Minenbesitzern abgebrochen wurden, wird der Streik am 1. November eintreten. Er wird sich über ungefähr 325 000 Bergleute ausdehnen.

## General Mangins Abschied.

Mainz, 13. Okt. Die Abfahrt des General Mangin von Mainz fand am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, statt. Das Bahnhofsgelände war reich mit Fahnen geschmückt. Vor dem Hauptportal hatte das 166. Infanterie-Regiment Paradeausstellung genommen. General Mangin erschien kurz nach 3 Uhr, die Musik spielte die Marseillaise und die Regimentsfahne wurde entfaltet. Hierauf ging der General die Front ab, begleitet von den höheren Offizieren der Garnison. Am Seiteneingange des Bahnhofes hatten sich zahlreiche Offiziere postiert. General Mangin verabschiedete sich von denselben und drückte jedem einzelnen Offizier die Hand. Er begab sich hierauf durch das Empfangszimmer zur Einsteigehalle, wo ebenfalls eine Ehrenkompanie postiert war. Pünktlich um 3 Uhr 12 Minuten setzte sich der Zug langsam in Bewegung. General Mangin grüßte im Fahren noch vom Wagen aus und die zahlreich anwesenden Franzosen riefen: Es lebe Mangin! Der General war ernst und bewegt. Der Abschied von Mainz, wofür er sich 10 Monate aufgehalten hatte, schien ihm schwer zu fallen.

## Lokalnachrichten.

\* Rönigstein, den 14. Okt. Am vorigen Sonntag hielt der katholische Volksverein eine gut besuchte Versammlung im Vereinshause ab. In derselben erstattete der Geschäftsführer, Herr Hauptlehrer Diehl, den Bericht über die Tätigkeit des Vereins seit der letzten Generalversammlung und legte den Rechnungsabschluss bis zum Ende des Jahres 1918 vor, welcher durch die gewählte Prüfungskommission für richtig erkannt wurde. Herr Dekan Löw sprach über die gegenwärtigen Zeitverhältnisse und verglich sie mit früheren geschäftlichen Ereignissen, wo auf den Niedergang immer wieder ein Aufstieg stattfand. In zu Herzen gehender Weise zeigte er, wie jeder einzelne durch gewissenhafte Pflichterfüllung in der Ausführung der täglichen Berufsarbeiten, durch Treue und Aufrichtigkeit im Verkehr mit andern, besonders in geschäftlicher Beziehung, durch Vinderung der herrschenden Not, und vor allem durch wahre Religiosität, welche sich in allen Lebenslagen praktisch betätigen muß, mit an der Gesundung des Volkes arbeiten müsse. Es wird nur besser, wenn jeder seine ganze Kraft anstrengt und, alle unlauteren Nachenschaften weit von sich weisend, bemüht ist, an der so notwendigen Erneuerung der menschlichen Gesellschaft mitzuwirken.

\* Rönigstein, 15. Okt. Aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt ist nunmehr auch Geft. Karl Peue, Sohn des Herrn Obergärtners Peue hier.

\* Im 90. Lebensjahre starb gestern Frau Oberförster Euler Wwe. hier. Die Verstorbene war die älteste Einwohnerin unserer Stadt.

\* Schneegänge überflogen in den beiden vergangenen Tagen in südlicher Richtung unsere Stadt. Ihre Ankunft deutet auf das Herannahen des Winters hin. Im Harz ist bereits der Winter eingelehrt. Im Brocken-gebiet liegt der Schnee seit einigen Tagen fast 1 1/2 Fuß hoch.

\* Der für den 19. und 20. Oktober vorgesehene Hojheimer Markt findet nicht statt, da die dazu erforderliche Genehmigung nicht erteilt wurde.

\* Viehabgabe an die Entente. Laut Bekanntgabe der Landwirtschaftskammern entfallen auf den Regierungsbezirk Rassel zur Abgabe ungefähr 770 Pferde, 550 Schafe und 360 Ziegen und im ungünstigsten Falle 2500 bis 3000 Stück Rinde. Als feststehend kann angesehen werden, daß Tiere von guter Mittelqualität zur Ablieferung an die Sammelstelle, welche für den Bezirk Rassel die Stadt Frankfurt a. M. ist, verlangt werden.

\* Spiegelschere. Es wird von verschiedenen Seiten in immer schärferen Angriffen auf die Zentralbehörden, insbesondere auf das Reichswirtschaftsministerium, die sofortige Aufhebung sämtlicher deutscher Viehhandelsverträge dringend verlangt. Wenn man sich die Begründung aber näher ansieht, so entdeckt man fast überall zur größten Ueberzeugung, daß gleichzeitig entweder ein Schlachtverbot für alles Rindvieh bis zum 1. Dezember oder die Einführung mehrerer fleischloser Wochen gefordert, oder auch nur die Lieferung von Kranken und Rindern mit staatlich erstatteten Fleisch zugestanden wird. Bei allen drei Bedingungen ist aber das Bestehen einer staatlichen Organisation unter allen Umständen notwendig. Ob man diese Organisation Viehhandelsverband oder anders nennt, ist nebensächlich. Das Viehhändler- und Fleischergewerbe ebenso wie die Viehbesitzer werden also die Beaufsichtigung durch amtliche Organe und auch die Abforderung eines, wenn auch nur kleinen Teiles Schlachtvieh nicht los.

\* Jetzt gibts aber Heringe! Aus Kristiania meldet das Wolffbüro unterm 10. Oktober: Die Abmachungen über den weiteren Verkauf gefalzener Heringe aus den Vorräten des Staates an Deutschland wurden heute Mittag unterzeichnet. Die deutsche Regierung kaufte nach diesen Abmachungen alle Vorräte des norwegischen Staates an Grobheringen, Frühjahrsheringen und Feinheringen vom vorigen Jahre, im ganzen 770 000 Tonnen, sowie 100 000 Tonnen englische Heringe. Für den Vorbehalt der Kaufsumme, die im ganzen circa 33 1/2 Millionen Kronen beträgt, erhält die deutsche Regierung Kredite nach näheren Bedingungen.

\* Petroleum für den Winter. Die Bemühungen der Regierung, durch Verträge mit ausländischen Lieferanten die zur Beleuchtung notwendigen Petroleummengen für den kommenden Winter zu sichern, sind erfolgreich gewesen. In den Vereinigten Staaten werden bereits die ersten, mit Leuchtmaterial für Deutschland bestimmten Dampfer verladen, sodas bereits gegen Ende Oktober mit einer Beise-rung in der deutschen Petroleumversorgung gerechnet werden kann. Die Verteilung des Petroleums wird vorläufig nach wie vor den Kommunalverbänden überlassen, weil nur dann die Gewähr dafür besteht, daß das Petroleum nicht im freien Handel verschwindet, sondern in die Hände der Bevölkerungskreise gelangt, die auf Petroleum als Beleuchtungsmittel angewiesen sind.

\* Monatskarten 4. Klasse. Die Eisenbahnverwaltung beabsichtigt, vom 1. November ab Monatsfahrkarten für die 4. Wagenklasse zu dem Preise des vierfachen Betrages der Arbeiterwochenkarten auszugeben. Diese Neuerung bedeutet für die auf dem Lande wohnenden, in der Stadt bediensteten Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten eine wesentliche Verringerung der Fahrkosten. Die Ausgabe der Arbeiterwochenkarten und der Monatskarten 4. Klasse erfolgt an jedermann ohne Beschäftigungsnachweis.

\* Die Mehger des Kreises Höchst haben sich mit einer Eingabe an den Kreisaußschuß gewandt, in der sie bitten, ihnen den Betrieb der Kreisfleischstelle zu übertragen. In dem längeren Schriftsatz heißt es u. a.: „Die vielfachen Klagen und Beschwerden über die bisherige Fleisch- und Wurstversorgung des hiesigen Kreises haben zu Bedenken Anlaß gegeben. Die Unterzeichneten sind in ernste Erwägung eingetreten, auf welche Weise hierin eine Besserung herbeizuführen möglich ist. Es liegt ihnen fern, an dem Bestehen der Kreisfleischstelle, sowie den damit zusammenhängenden Einrichtungen zu rütteln; doch halten sie es für dringend geboten, daß die bisherige Leitung der Kreisfleischstelle durch eine sach- und fachkundige auf breiterer Basis ersetzt wird. Zum Schlusse erklären sich die Mehger bereit, in einer engeren Kommission ihren Standpunkt und ihre fünf Punkte der Eingabe noch ausführlicher darzulegen.“

\* Eine ganz neuartige Preisverleuerung haben die Schuhmacher im Kreise Groß-Gerau ausgeklügelt. Außer einer gefalzten neuen Preissetzung für Schuhmacherarbeiten haben sie durch Innungsbeschluß bestimmt, daß für das Bringen von schmutzigen Stiefeln 1 M. „Reinigungsgebühr“ besonders erhoben wird.

\* Die 94. Generalversammlung des Vereins Nassauischer Land- und Forstwirte beschloß die Herabsetzung des Ausmahlungssatzes für Brotgetreide auf 80 Prozent, die Aufhebung des Mahlzwinges, mindestens Freigabe der Mühlenwahl, die Erhöhung des Milchpreises auf 80 S. pro Liter ab Stall, sowie die Aufhebung der Höchstpreise zur schnellen Veranlassung an den Nassauischen Landverband weiter zu leiten.

\* Eine mathematische Aufgabe. In St. Ingbert (Pfalz) wurden für ein fettes Schwein 2000 M. bezahlt. Was mag da wohl ein Rippchen oder Kotelett kosten?

\* Falkenstein, 15. Okt. Als erster Einwohner, der sich seit mehreren Jahren in englischer Kriegsgefangenschaft befand, zurückgekehrt, ist gestern Herr Obergärtner Hermann Gille.

## Von nah und fern.

— Bitteres Leid ist der Familie des Bauunternehmers Jakob Christian in Unterliederbach widerfahren. Nachdem im vergangenen Jahre schon einer ihrer zwei hoffnungsvollen Söhne den Fliegertod erlitten hat, lernte nunmehr der jüngere Sohn, der zu Beginn des



Krieges als Seefahrer in englische Gefangenschaft geraten war, anfangs dieses Monats nach 7jähriger Abwesenheit endlich in die Heimat zurückgekehrt, aber nur um hier einer schweren Krankheit in wenigen Tagen zu erliegen.

**Bierich, 12. Okt.** In der Nähe der Wuthschen Bierbrauerei hat gestern Vormittag ein hiesiger Feldschütze einen auf der Hammermühle beschäftigten Knecht erschossen. Der Feldschütze hat die Frau des Knechts wegen eines Feldfrevels zur Anzeige gebracht. Als der Knecht gestern Vormittag zufällig auf der Straße mit ihm zusammentraf, scheint er ihn zur Rede gestellt zu haben. Der Feldbeamte nahm, als der Andere auf ihn zutritt, an, daß er angegriffen werden sollte und gab aus nächster Nähe den Schuß ab, welcher den Knecht sofort tot niederstreckte. Der Täter befindet sich zur Stunde noch auf freiem Fuß.

**Neunkirchen (Medienburg), 14. Okt.** Der Sohn eines Hofbesizers kehrte aus englischer Gefangenschaft zurück, mit Sehnsucht von den Eltern erwartet. Als er nachts das elterliche Gehöft erreichte, überraschte er in einem Viehstall zwei Männer, die mit dem Abhäuten einer Kuh beschäftigt waren. Zwischen dem Besitzersohn und den Viehräubern entspann sich ein Kampf auf Leben und Tod. Als der Hofbesitzer am anderen Morgen in den Stall kam, fand er in die Haut eingewickelt die Leiche des Sohnes, dessen Rückkehr nach langer Trennung von der Familie so freudig erwartet wurde. Die Täter sind unbekannt.

### Gegen den Kartoffelwucher.

Landrat Vertuch in Montabaur erläßt folgende Bekanntmachung: Durch die Anordnung über die Kartoffelversorgung ist der Bezug von Kartoffeln direkt vom Erzeuger auf Bezugsschein zugelassen. Wie mir von allen Seiten berichtet wird, hat das Bezugsscheinverfahren zu einer willkürlichen Preistreiberi seitens zahlreicher Landwirte stattgefunden. Es werden von Landwirten vielfach Preise verlangt, die die festgesetzten Höchstpreise weit übersteigen. Seide, Erzeuger und Käufer, machen sich durch Ueberschreitung der Höchstpreise strafbar. Während aber der Käufer in der Regel bei Bewilligung eines Ueberpreises in dem guten Glauben handelt, daß er sich in einer Notlage befindet, fordert der Erzeuger lediglich aus Gewinnsucht Ueberpreise, um für seine Kartoffeln mehr zu erzielen, als er später bei Ablieferung an den Kommunalverband erhalten würde. Um diesem wucherischen Treiben der Landwirte zu steuern, fordere ich alle Versorgungsberechtigten auf, soweit ihnen Preise von mehr als 9 M je Zentner Kartoffeln abverlangt worden sind, mir die Namen der Landwirte unter kurzer Mitteilung des Sachverhaltes anzugeben. Ich werde die Strafverfolgung dieser Landwirte einleiten und veranlassen, daß gegen Käufer, die notgedrungen sich Preisüberschreitungen haben zu Schulden kommen lassen, nicht vorgegangen wird. Endlich werde ich den überörtlichen Käufern mit geeigneten Maßnahmen behufs Reichsvergütung der zuviel bezahlten Beträge zur Seite stehen. — Hoffentlich findet diese Bekanntmachung Nachahmung, auch im Süden unseres nassauischen Ländchens.

### Gegen die Gloden-Beschlagnahme.

Der Nationalversammlung ist folgende Anfrage von Zentrumsabgeordneten zugegangen: Die Tatsache, daß die im Interesse der Landesverteidigung verfügte Beschlagnahme der Gloden noch nicht aufgehoben ist, ruft im Lande große Beunruhigung hervor, besonders nachdem bekannt wurde, daß die Menge des beschlagnahmten Glodenmetalls nur 4 Prozent der Gesamtmenge aller durch die Beschlagnahme erfassten Metallbestände beträgt. Der Widerspruch erregt Bedenken, der besteht zwischen der Behauptung, das Glodenmetall sei unentbehrlich zur Versorgung lebenswichtiger Betriebe, und der Tatsache, daß Händler sich im Besitze von Bezugsscheinen befinden und im freien Handel Glodenmetall vertreiben. Sind diese Verhältnisse der Reichsregierung bekannt? Was gedenkt sie zur Abhilfe zu tun? Ist die Reichsregierung bereit, aus den Metallbeständen den bezeichneten Prozentsatz zum Glodenguß freizugeben? Und ist sie ferner bereit, die Beschlagnahme noch nicht eingezogener Gloden und der noch nicht abgeholten Glodenmetallbruchstücke sofort aufzuheben?

### Das Loch am Rhein

Ist durch die feindliche Besetzung unseres linksrheinischen Gebiets entstanden. Als die Blockade aufgehoben wurde, strömten durch das besetzte Gebiet ungeheure Mengen ausländischer Lebensmittel, Bedarfs- und Luxusartikel nach Deutschland. Man glaubte, nun müßten alle Preise sinken und das Leben würde wieder erträglicher werden. Das Gegenteil trat ein. Nach den Gründen braucht man nicht lange zu suchen. Täglich können wir in den Zeitungen lesen, daß unter ihnen das böse „Loch am Rhein“ mit an erster Stelle steht. Ungehindert fließen hier, durch keine Grenzen gehindert, zum großen Teil überflüssige Waren unkontrollierbar herein und deutsches Geld hinaus, das dadurch immer mehr entwertet wird. Dieses Loch muß also verstopft werden. Aber wer stopft es zu? Wer kann hier helfen? Denn Hilfe muß rasch und gründlich werden. Immer tiefer sinkt unsere Valuta und verfeuert daher alles, was wir aus dem Auslande beziehen müssen, um ein Vielfaches seines heute auch recht hohen Wertes. Einst kosteten wir für 1 (amerikanischen) Dollar 4.20 M., heute etwa 25 M., 1 (englischen) Pfund Sterling 20.40 M., heute etwa 100 M., 1 (französischen) Franken 81 S., heute etwa 3 M., 1 (italienische) Lire 81 S., heute etwa 3 M., 1 (holl.) Gulden 1.68 M., heute etwa 9.20 M. Und jeder Posten Ware, der über den Rhein kommt und mit deutschem Papiergeld bezahlt werden muß, drückt unsere Valuta weiter herunter, bis überhaupt kein ausländischer Kaufmann seine Waren mehr für deutsches fast wertloses Papiergeld liefern will. Das ist dann der vollkommene Zusammenbruch unserer gesamten deutschen Volkswirtschaft.

Wer kann das verhalten? Die Regierung? Nein! Die deutsche Regierung ist gewiß vom besten Willen befeelt und sie vermag zum Wiederaufbau unserer Finanzwirtschaft sehr viel beizutragen. Aber sie hat nicht die Macht, die deutsche Grenze im Westen, die die Entente im vollen Bewußtsein, Deutschland damit zu schädigen, offen hält, zu schließen. Und noch eins kann sie nicht, das Radikalmittel schaffen, das uns allein retten kann, das unsere Valuta wieder hochbringen wird, trotz des Loches am Rhein: Sie kann keine neuen Werte schaffen, die wir dem Auslande für seine Waren statt Geld in Zahlung geben könnten. Das vermag nur der deutsche Arbeiter, wenn er die Notwendigkeit erkennt und den guten Willen hat. Das Ausland will deutsche Waren, aber kein deutsches Papiergeld. Bald können wir für Geld nichts mehr haben, für deutsche Waren aber alles. Der Einzige also, der Deutschland wirtschaftlich retten kann, der sogar die Macht hat, das Loch am Rhein für uns unschädlich zu machen, das ist der deutsche Arbeiter.

## Letzte Nachrichten.

**mz Berlin, 15. Okt.** Wie dem „Kölnischen Anzeiger“ aus Wien berichtet wird, erklärte der Staatssekretär für Justiz, daß dem Begehren der bayerischen Regierung um Auslieferung Leopolds, der in Wien verhaftet wurde, nicht entsprochen werden könne, da es nicht in den Intentionen der österreichischen Regierung liege, politische Verbrecher auszuliefern.

**mz Berlin, 15. Okt.** Die gestern Abend in Berlin einberufenen Protestversammlungen gegen den Belagerungszustand verliefen im allgemeinen ruhig. In diesen Versammlungen erklärte Adolf Hoffmann, ein Zusammengehen mit den Reichssozialisten müßte die Unabhängigen ein für alle Male abhängen. Die Hauptwaffe sei der Streik, mit dem die Regierung gestürzt und die Herrschaft des Proletariats aufgerichtet werden könne.

**mz Berlin, 15. Okt.** Ministerpräsident Hirth sprach gestern als Gastdozent der Berliner Universität in einer der größten Hörsäle über die Geschichte der Städteordnung. In seinen weiteren Vorlesungen wird er alle Zweige der Gemeindeverwaltung programmatisch behandeln.

**mz Wien, 14. Okt.** In der heutigen Sitzung des Reichsarbeitsrates erklärte Staatssekretär Bauer, daß er aus der Staatsregierung auszuschcheiden beabsichtige, da seine Person der Regierung nichts mehr nützen könne, und er andererseits glaube, seiner Partei außerhalb der Regierung nützlicher zu sein.

### Gemeindewahlen: Wahlumschläge und Stimmzettel liefert

Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein i. T., Fernruf 44

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Abschrift.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt.

St. 9. 1586.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat zur Gewährung von Bauförderungsbeiträgen und Reichsmitteln weitere 150 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, gleichzeitig aber ausdrücklich bemerkt, daß über diese 150 Millionen Mark mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches einzuweisen nicht würde hinausgegangen werden können. Von diesem Betrage entfallen auf Preußen höchstens 90 Millionen, welcher Betrag schon durch die hier noch vorliegenden begründeten Anträge nahezu völlig in Anspruch genommen werden wird. Der Herr Reichsfinanzminister hat deshalb gebeten, mit Rücksicht auf die Begrenzung der für Bauförderungsbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel und mit Rücksicht auf die für Bauförderungen vorgeschriebene Jahreszeit sowie im Hinblick darauf, daß es sehr zweifelhaft sei, ob für das Rechnungsjahr 1920 mit einer Bereitstellung von weiteren Mitteln für den gedachten Zweck gerechnet werden können, nach dem 15. September von Bauunternehmern usw. neu eingehende Anträge auf Gewährung von Zuschüssen, abgesehen von ganz dringenden Fällen, nicht mehr zu berücksichtigen. In meinem lebhaften Bedauern muß ich Sie daher ersuchen, neu eingehende Anträge vom Eingang dieses Erlasses ab, wegen Mangel an Mitteln einstweilen ablehnend zu beistellen. Zu den ganz dringenden Fällen können wir Rücksicht auf die Knappheit der Mittel nur solche gerechnet werden, bei denen zufolge auf Zuschüsse in irgend einer Form diesseits schon gemacht worden sind, oder bei denen Baugesuche jetzt erst zurückgeleiteter Kriegsgelänger und Internierter, oder Neubauten für die sofortige Schaffung von Wohngelegenheiten Berücksichtigung finden sollen. Für die neu zu beantragenden Zuschüsse ist unbedingt Voraussetzung, daß die erforderlichen wichtigeren Bauhufe sofort arbeitsfähig vorhanden sind. Dieses ist in jedem Falle ausdrücklich zu bezeichnen.

Berlin W 66, den 16. September 1919.

gez.: Stegerwald.

An die Herren Regierungspräsidenten.

### Der Regierungspräsident.

Pr. 1. 3. W. 147.

Vorliegender Abschrift überende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme und geeignete Veröffentlichung. Es ist also zwecklos, noch Gesuche auf Grund des Erlasses vom 1. November 1918 St. 1. 221, mitgeteilt durch Verfügung vom 17. Januar 1919 Pr. 1. 3. G. 33, vorzulegen, abgesehen von den im obigen Erlasse als ganz dringend bezeichneten Fällen.

Wiesbaden, den 20. September 1919.

J. A.: gez. Walther.

Wird veröffentlicht.

Königstein, den 10. Oktober 1919.

Der Landrat Jacobs.

Der Bauwerkskammer in Wiesbaden wird vorausichtlich eine geringe Menge Leinwand überwiefen. Die Kammer ist beauftragt, für den hiesigen Bezirk den augenblicklichen Bedarf festzustellen. Es wird vom Reichsausschuß für Oele und Fette ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um die Verteilung von nur beschränktem Mengen handelt, weil die Zufuhren an Leinöl noch nicht den vollen Bedarf decken. Als Hauptverbraucher kommt das Malergewerbe in Frage. Eine Lieferung

für Schreiner ist nur in ganz beschränktem Maße möglich.

Der Reichsausschuß weist ausdrücklich darauf hin, daß überall, wenn irgend möglich, noch Krieg-Produkte verwendet werden müssen.

Die Lieferung kann nicht unbedingt zugesichert werden und ist nur der augenblickliche Bedarf anzumelden, also nicht der Bedarf für längere Zeit, weil sonst die ganze Versorgung für den Augenblick scheitern könnte.

Der Bedarf ist mir sofort anzumelden. Nach dem 16. d. Mts. eingehende Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Die Gemeindebehörden ersuche ich die in den Gemeinden vorhandenen Maler- und Schreinerbetriebe mitzuteilen. Krut 16. 10. 1919.

Königstein i. T., den 10. Oktober 1919.

Der Landrat: Jacobs.

### Bekanntmachung.

Auf Grund des § 17 Absatz 2 der Verordnung über Gemüße, Obst und Südkrüuter vom 3. April und 19. August 1917 (R.-G.-Bl. S. 307 und 723) bestimme ich hiermit: daß die §§ 1-3, 16 Abs. 11 Ziffer 1 und 16 a dieser Verordnung keine Anwendung finden auf Verträge, durch welche sich Erzeuger vor der Abertung zur entgeltlichen Lieferung von Kohlruben, (Stedrüben, Bruden, Bodentohlruben, Erdkohlruben, Unterlohruben) der Ernte 1919 verpflichten, die von ihnen selbst geerntet werden.

Demnach wird der Abschluß von Lieferungsverträgen über diesjährige Kohlruben dem freien Verkehr überlassen. Ämtliche Vertragsmuster werden nicht aufgestellt, Vertrags- und Höchstpreise nicht festgesetzt. Eine Genehmigung durch die Reichsstelle kommt nicht in Frage. Für Streitigkeiten aus den Verträgen sind nicht die bei der Reichsstelle sowie den Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen gebildeten Schiedsgerichte, sondern grundsätzlich die ordentlichen Gerichte zuständig.

Berlin W 57, den 7. August 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst. Verwaltungsabteilung.

Der Vorsitzende J. A.: gez. Weltermann.

Wird veröffentlicht.

Königstein i. T., den 10. Oktober 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Jacobs.

### Höchstpreise für Pferdefleisch und Pferdesett.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. 9. 1915 (R.-G.-Bl. S. 607) und 4. 11. 1915 (R.-G.-Bl. S. 723) und im Anschluß an die Bekanntmachung des Kreisausschusses vom 1. 7. 1919 werden mit Genehmigung der Reichsstelle für den Kreis Königstein folgende Kleinverkaufspreise festgesetzt:

- a) Pferdefleisch M. 2.20 für das Pfund
- b) Pferdesett „ 2.40

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Königstein i. T., den 10. Oktober 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Jacobs.

### Betrifft die Personenstandsaufnahme am 15. Oktober 1919.

Die diesjährige Aufnahme des Personenstandes zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung für das Steuerjahr 1920 ist auf **Mittwoch, den 15. Oktober 1919** festgesetzt worden.

Die Haushaltungsvorstände, welchen die Formulare zur Einsicht in diesen Tagen ausgehen, werden hiermit unter Hinweis auf die auf der Rückseite des Formulars abgedruckte Belehrung aufgefordert, den Personenstand ihrer Haushaltung nach dem Stande vom 15. Oktober 1919 genau und vollständig in die Formulare einzutragen. Ferner sind die hier befindlichen Fremden und Ausgäste mit aufzunehmen, aber als solche zu bezeichnen.

Im Falle eines mehrfachen Wohnsitzes steht den Steuerpflichtigen die Wahl des Ortes der Veranlagung zu. Es werden deshalb diejenigen Personen, welche einen mehrfachen Wohnsitz haben, hierdurch ersucht, dies entweder auf der Hausliste, Sp. 7, zu vermerken oder bis spätestens den 25. Oktober im Steuerbüro, Bierhalle Zimmer 1, anzumelden, andernfalls die Veranlagung desjenigen Ortes gilt, in welchem die Einkünfte zu dem höheren Betrage festgestellt sind. Mit der Abholung der ausgefüllten Hauslisten wird am Donnerstag, den 16. Oktober begonnen.

Die Besitzer eines bewohnten Grundstücks oder deren Stellvertreter, Hausverwalter usw. sind verpflichtet, den mit der Abholung der Listen vertrauten Herren Zählern sämtliche auf dem Grundstück vorhandene Personen mit Namen, Berufs- oder Erwerbsort, Geburtsort, Geburtsjahr, Religionsbekenntnis, für Arbeiter, Diensthofen und Gewerbegehilfen usw. auch den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte, Spalte 9 der Hausliste, anzugeben.

Ebenso haben die Haushaltungsvorstände den Hausbesitzern, Stellvertretern oder Hausverwaltern usw. die erforderliche Auskunft über die in ihrem Hausstande geborenen Personen einschließlich der Unter- und Schlafstellenvermieter zu erteilen.

Wer die hiernach geforderte Auskunft verweigert oder ohne genügenden Entschuldigungsgrund in der gefestigten Frist gar nicht oder unvollständig oder unrichtig erteilt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 300 M. bestraft.

Nur Ausfüllung der Hausliste wird noch bemerkt, daß für eine leichtere Uebersicht es zweckdienlich ist, wenn zwischen den eigentlichen Haushaltungsangehörigen und den Bediensteten, Schlafstelleninhabern usw. eine Zeile freigelassen wird.

Auch wird noch besonders darauf hingewiesen, daß, wie am Kopf der Hausliste vorgeordnet, sowohl die jetzige Wohnung wie auch die Wohnung im Jahre vorher einzutragen ist.

Königstein, den 10. Oktober 1919.

Der Magistrat. J. B.: Brühl.

### Winterkartoffel-Versorgung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung des Kreisausschusses vom 8. d. Mts. raten wir wiederholt den Haushaltungen in möglichst weitgehendem Maße von dem Bezug der Winterkartoffeln durch einen Landwirt, auch außerhalb des Kreises Königstein, Gebrauch zu machen. Auf Bezugsschein können Kartoffeln bezogen werden von jedem beliebigen Kartoffelerzeuger, dessen Wohnort

1. in einer anderen Gemeinde des Kreises Königstein,
2. in einem Ueberbahrungsmunizalverband der Provinz Hessen-Nassau, z. B. Wingen, Weiburg,
3. in einem Ueberbahrungsmunizalverband (Kreis Rotenburg a. N., Montabaur)

gelegenen ist. Bezugsscheine werden vormittags von 8-12 Uhr in der Bierhalle, Zimmer 1, ausgeteilt.

Königstein, den 13. Oktober 1919.

Der Magistrat. J. B.: Brühl.

### Verloren:

Schwarze Lasterkürze auf dem Wege von der Hauptstraße bis Delmühlweg. Abzugeben „Nassauer Hof“, Königstein.

Polizeiliche Un- und Abmelde-scheine zu haben in der Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein, Hauptstraße 41.



## Bekanntmachung

betreffend die Fortführung der Brandkataster.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, die bei ihnen gestellten Anträge, welche das Eingehen neuer Versicherungen bei der Nassauischen Brandversicherungsanstalt oder die Erhöhung, Aufhebung oder sonstige Veränderung bestehender Versicherungen vom 1. Januar des nächsten Jahres an bezwecken, zu sammeln und baldmöglichst, **spätestens aber bis zum 24. Oktober 1. d. J.** hierher einzulenden.

Alle Anträge sind von den Beteiligten schriftlich oder zu Protokoll anzubringen und es muß aus demselben bestimmt zu ersehen sein, was der Antragsteller verlangt. Unzulässig ist es daher insbesondere:

a) Verzeichnisse hierher einzulenden, welche nichts weiter als die Namen der Antragsteller enthalten,  
b) rechtsseitig gestellte Anträge bis zum Rundgang aufzuheben und dann erst der Kommission auszuhändigen.

Die Vorsitzenden der Schätzungskommissionen sind im Besitze von Formularen, welche zur Aufnahme der Versicherungsanträge benutzt werden können und werden dieselben in Gemäßheit des § 9 ihrer Geschäftsanweisung den Herren Bürgermeistern auf Verlangen zur Benutzung überlassen. Den Anträgen ist seitens der Herren Bürgermeister eine Nachweisung über diejenige Gebäude beizufügen, bezüglich deren die Aufhebung oder eine Revision der Versicherung wegen Wertminderung, baulicher Veränderungen, oder feuergefährlicher Benutzung ohne den Antrag der Versicherten eingetreten hat.

Wiesbaden, 4. 9. 1919.

Als gesetzlicher Vertreter der Nass. Brandversicherungsanstalt:  
**Der Landeshauptmann.**

Anträge auf neue Versicherungen bei der Nassauischen Brandversicherungsanstalt, oder die Erhöhung, Aufhebung oder sonstige Veränderungen sind vom 10. bis 15. Oktober im Rathaus, Zimmer 2, zu stellen.  
Königstein, den 19. September 1919.  
Der Magistrat. J. B.: Brühl.

## Zwangsversteigerung.

Donnerstag, den 18. Oktober 1919, vormittags 10 Uhr, versteigere ich in **Ruppertsheim** öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung

einen alten Flügel.

Sammelpunkt der Kaufliebhaber an dem Bürgermeisteramt.  
Königstein i. T., den 14. Oktober 1919.

Mohnen,

Gerichtsvollzieher in Königstein i. T.

## Gesangverein „Germania“ Königstein

Samstag, den 18. Oktober 1919, abends 8 Uhr,  
im Vereinslokal:

## Außerordentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1) Kassenbericht

2) Besprechung über die Gesangsstunden.

Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
Der Vorstand.

## Statt besonderer Anzeige.

Für die zahlreichen Glückwünsche und die Aufmerksamkeit anlässlich unserer Vermählung sagen hiermit allen

herzlichsten Dank

Heinrich Schütz und Frau Katharina  
geb. Hasselbach.

Königstein, 14. Oktober 1919.

In einem neu beginnenden

## Tanzkursus mit allen neuen Tänzen

nehme ich Anmeldungen

Samstag, den 18. Oktober, von 4—6 Uhr  
in meiner Wohnung Limburgerstraße 11 entgegen.

Thidia v. d. Heyde.



**Das Beste**

behalten, alles Schädliche ablehnen. Geschont und genährt wird das Leder durch den Schuhputz

**Erdal**

schwarz, gelb, braun, rotbraun  
Alleinherstellen: Werner & Merz, Mainz

KROPP  
MAYSE  
LUKAS

Ein ordentliches, braves

## Mädchen,

in allen Hausarbeiten bewandert, für Königt. gesucht. Zu erfr. in der Geschäftsstelle.

## Ordentliches Mädchen

für Hausarbeit und zum Servieren gesucht.

Café Kreiner, Königstein.

## Lehrling

gesucht.

Friedrich Jäger

Malers- u. Weißbindermeister

Königstein i. T.

Sonntag im Mittagszuge

Dösch-Königstein 2. Klasse

## Spazierstock

steheengeblieben.

Abzugeb. geg. Belohnung

Apotheke Königstein.

1 junges, 8-jähriges braunes

## Wallach-Pferd

1.45 m groß, steht zu verkaufen

am Roten Kreuz i. Taunus.

## 1 schweres Zugpferd

u. 2 schwere Wagen

zu verkaufen. Näheres

Richtstraße 8 : Königstein.

## Brechobst

hat zu verkaufen

Franz Dornauf, Königt.

Haustürchenstraße.

## Gute Birnen

aum essen und einkochen,

pro Bund 40 Pfg.

zu verkaufen Adam Wang,

Falkenstein.

## Quitten

verkauft Albert Bauer,

Niederhöchstadt, Bahnstr.

1 gebrauchte aber sehr gute

## Häckselmachine

zu verkaufen bei Adam Kroth,

Richtstraße, Königstein i. T.

## Elektro-MOTORE

jeber Stromart teils ab Lager

sofort od. kurzfristig lieferbar

J. Tackstadt,

Niederrhausen i. Taunus,

Bahnstraße 109, Tel. 55.

Kleinen Pöten

## Laubholz-

wellen

hat noch abzugeben

Obstgut Adolphshöhe

Hornau (Taunus).

1 junger, sprungfähiger

## Ziegen-

bock

sof. z. kaufen gesucht.

Angebote an die Gemeinde-

verwaltung Fischbach.

## Postkarten

(keine Ansichtskarten)

garantiert schreibfähig

für jede Linie, beste Sorten,

zu haben in der Druckerei

Dr. Kleinböhl, Königstein.

Königstein.

Zur Bedienung einer Deupresse mit Lokomobile wird

für nächste Zeit ein

Schlosser oder Maschinist gesucht.

Offerte mit Lohnforderung an Kreisamt Königstein.

Kraftiger, gewandter Lagerarbeiter

sofort gesucht

Kreisamtsamt Königstein i. T.

## Niege's Musikschule Königstein.

Unterricht in allen Instrumenten.

Für Vorgeschr. besondere Kurse

im Zusammenspiel.

Anfang des Winterhalbjahres am 20. Oktober.

Anmeldungen an

Kapellmeister Niege, Falkensteinerstrasse 8.

## Statt besonderer Anzeige.

Nach einem langen, reich gesegneten Leben, schloß im 90. Lebensjahr für immer die Augen

## Frau Oberförster Amalie Euler

geb. Schlee

tief betrauert von ihrem dankbaren Sohne und den übrigen Verwandten.

Königstein, den 13. Oktober 1919.

Schneidhainerweg 20.

Im Auftrage des Sohnes:

F. Euler.

Die Beerdigung findet statt: am Donnerstag, den 16. Oktober nachmittags 3 Uhr. Von Blumenspenden bitten wir abzusehen.



## Nachruf.

Schlaft sanft in fremder Erde!

## Gesangverein Deutsche Eiche Schneidhain

Nachdem das blutige Völkerringen seinen Abschluß gefunden, gedenken wir mit Wehmut der braven Brüder, die uns entrissen wurden:

## Wehrmann Johann Ochs

Brig.-Ers.-Btl. 41, vermißt seit 25. 8. 1914 bei Serres in Frankreich

## Wehrmann Johann Weck III.

Res.-Inf.-Regt. 221, gefallen am 5. 9. 1916 bei Uhrynow in Galizien

Wir teilen den Schmerz der Hinterbliebenen; sie waren unserem Verein treue Mitglieder und wir werden ehrfurchtsvoll ihr Andenken bewahren.

Der Vorstand.

## Krautständer, 16 Liter

## Marmeladetöpfe,

8 und 10 Liter

## Rex-Form-Gläser,

1/2, 1 und 1 1/2 Liter

## Geleegläser

## Marmeladegläser

mit Schraubdeckel,

1/2 und 1 Liter

## Einkaufkörbe

in großer Auswahl.

## Georg Kreiner,

Hauptstrasse 23, Königstein.

## 50 Mk. Belohnung

demjenigen, der mir den Täter

ermittelt, welcher mir einen

Hebebaum auf der Rampe

an der Kleinbahn König-

stein entwendet hat.

Adam Kroth, Richtstraße,

Königstein

## 1 Handleiterwagen

sofort zu laufen gesucht.

Frank, Schneidhainerweg 8, Stgt.

## Nähmaschine

zu mieten

Dr. Schuloff, Elisenbethen-

straße 2, Königstein.



## Freiw. Feuerwehr

Königstein.

Den Kameraden teile ich hier-

durch mit, daß das

Anlegen der Uniform

in der früher üblichen Weise

wieder gestattet ist.

Ohlenhäger, Brandmeister.

## Kohlensaurer Düngerkalk

trifft dieser Tage ein und werden

Bestellungen entgegen genommen.

Johann Kowald Söhne : Königstein.

## Steingut-Waren

darunter ca. 10 000 Teller

Eine Ladung

Teller, glatt

Teller, gerippt

Teller, zwiebelmuster

Satz Schüsseln

Schüsseln

Ovale Schüsseln

Runde Schüsseln

Suppen-Schüsseln

Nachttöpfe

Fleischplatten

Obertassen

Untertassen

## Wasch - Garnituren

Tonnen - Garnituren

in grosser Auswahl.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Günstige Einkaufsgelegenheit

für Brautleute.

## J. Hammerschlag,

Höchst am Main.